

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003019/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Georg Mayer (PfE), Harald Vilimsky (PfE)

Betrifft: Verlängerung und Finanzierung des Euratom-Programms 2021–2027

Angesichts der aktuell laufenden Diskussionen über eine mögliche Verlängerung oder Aufstockung der Mittel für das Euratom-Programm über 2027 hinaus, der traditionell klar ablehnenden Haltung der österreichischen Bevölkerung und der verfassungsrechtlich verankerten Ausstiegsposition Österreichs in Bezug auf Kernenergie stellen sich folgende Fragen.

1. Inwieweit haben sich die finanziellen Mittel von ursprünglich 1,38 Mrd. EUR in den letzten Jahren verändert, beispielsweise durch Umschichtungen, zusätzliche Mittel oder Mittelkürzungen im Zuge anderer Prioritäten der EU?
2. Wie stellt die Kommission sicher, dass Österreich als Mitgliedstaat mit einer eindeutigen Anti-Nuklear-Haltung nicht gegen seinen Willen Projekte mitfinanzieren muss, die dem eigenen energiepolitischen Grundverständnis und nationalen Verboten widersprechen?
3. Warum wurden in der öffentlichen Konsultation keine separaten Kategorien geschaffen, um die ablehnende Haltung einzelner Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung zur Rolle der Atomkraft im Energiemix angemessen abzubilden?

Eingang: 21.7.2025